



**SPD Fraktion Ostbevern**  
Jutta Drilling-Kleihauer  
Erich-Klausener-Str. 27  
48346 Ostbevern  
01573 4660670  
[Drilling-Kleihauer@t-online.de](mailto:Drilling-Kleihauer@t-online.de)

Ostbevern, den 29.02.2024

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Vorsitzende und Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen,  
sehr geehrte Damen und Herren Ratsmitglieder,  
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger in Ostbevern,  
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,

sicherlich kennen Sie den Ausspruch mit seinen Abwandlungen: „**Alter** bzw. **Liebe** bzw. **Leben** ist nichts für Feiglinge!“

Für diese Rede habe ich den Spruch abgewandelt zu: „**Politik ist nichts für Feiglinge!**“ und ich würde ihn noch ergänzen mit: „**und für schwache Nerven und Mutlose!**“

Ganz im Gegenteil:

Angesichts der Kriege in der Welt, der Naturkatastrophen und des Erstarkens der Rechten, dürfen wir nicht mutlos sein und die Nerven verlieren.

Ermutigend ist es aber, wenn wir sehen, wie viele, auch gerade junge Menschen, diesen Rattenfängern nicht in die Falle und stattdessen für den Erhalt der Demokratie und gegen Rechts auf die Straßen gehen, auch hier bei uns in Ostbevern.

Wegen der immer stärker spürbaren Folgen des Klimawandels ist es wichtig, dass wir uns jetzt verstärkt mit Fragen zum Klimaschutz und mit Klimafolgenanpassungskonzepten beschäftigen und Pläne z.B. für Hitzeperioden und Starkregenereignisse erstellen.

Ich sagte es am Anfang schon: **Politik ist nichts für Feiglinge!**

Es kann nicht schaden, wenn wir uns das ab und zu wieder ins Gedächtnis rufen, denn wir stehen gerade vor einer Vielzahl von Entscheidungen, die uns Einiges abverlangen.

Mit dem Zuzug der Menschen aus der Ukraine und aus anderen Ländern, die vor Krieg und Gewalt fliehen mussten und hier mit ihren Familien zur Ruhe kommen sollen, sind wir verpflichtet, angemessenen Wohnraum bereitzustellen. Und der sollte nicht in einer Turnhalle sein. Aber wir nehmen auch die Menschen ernst, die Sorge haben, dass es zu Konflikten kommen kann, wenn zu viele auf zu engem Raum leben müssen.

Wir werden alle dabei unterstützen, gegenseitiges Verständnis aufzubauen.

Wir übernehmen Verantwortung für die, durch den Krieg in der Ukraine, noch dringender gewordene Transformation hin zur Förderung erneuerbarer Energien, in dem wir u.a. die Verwaltung dabei unterstützen, die kommunale Wärmeplanung weiter zu auszubauen.

Auf immer mehr gemeindlichen Gebäuden werden PV-Anlagen installiert und auch Flächen-PV ist ein Thema geworden. Wir von der SPD sehen es für unbedingt erforderlich, beim geplanten Ausbau von Windkraftanlagen durch eine Bürgerenergiegesellschaft, eine Beteiligung der Bevölkerung zu erreichen. Dadurch kann die Akzeptanz dieser Anlagen gefördert werden.

Wir sind froh, dass wir jetzt ein Klimaschutz- und Mobilitätskonzept haben und hoffen darauf, dass die Arbeitsaufträge, die daraus resultieren, nach und nach umgesetzt werden.

Wir sind auch froh, dass der Kämmerer die Streichung von 200 000 Euro für das Linienbündel 7 und damit der Linie 418 zum Bahnhof, wieder zurücknehmen konnte. Mit der neuen Streckenführung und der halbstündigen Taktung haben noch mehr Menschen die Möglichkeit, mit dem Bus zum Bahnhof zu kommen. Nur so können wir die Mobilitätswende schaffen.

Hoffentlich wird der barrierefreie Umbau des Bahnhofs, geplant ab 2025, von der Deutschen Bahn nicht verschoben. Wir warten schon so lange darauf.

Die Grundschulen brauchen ab 2026 genügend Platz zur Umsetzung des Anspruchs auf Ganztagschulplätze und die JAS braucht neue Klassenräume, für die steigende Anzahl von Schülerinnen und Schülern. Wir wollen dem gerecht werden. Wir von der SPD wünschen uns, dass besonders bei den beiden Grundschulen geschaut wird, ob nicht jetzt schon durch neue Raumkonzepte Platz für die OGS geschaffen werden kann. Die ab 2025 geplanten Neu- bzw. Anbauten könnten vielleicht in Umfang und Kosten reduziert werden.

Der Bau der neuen Mitte wird fortgeführt und die SPD ist froh, dass damit die von uns geforderte Barrierefreiheit entsteht und der Kirchplatz aufgewertet wird. Wir begrüßen die den Umbau der Bahnhofsstraße zur „kleinsten Fußgängerzone des Münsterlands“. Und sprechen uns weiter dafür aus, dass es an der Hauptstraße eine Möblierung mit Bänken **und**

Pflanzkübeln gibt, um die Aufenthaltsqualität und die klimatischen Verhältnisse zu verbessern.

Unser Antrag auf Ausbau des K&K-Parkplatz soll im nächsten Jahr umgesetzt werden. Wir hoffen sehr, dass sich dann auch hier eine große Verbesserung in Bezug auf die Barrierefreiheit ergibt.

Zur Haushaltsituation:

Stark sinkende Gewerbesteuereinnahmen, die ca. 4 Millionen Euro unter denen im Jahr 2022 liegen, haben große Folgen für die Gemeindekasse.

Mit den Einnahmen, die die Gemeinde erzielen wird und Einsparungen, die wir beschlossen haben, gelingt es, gerade so, die Haushaltssicherung abzuwenden, aber wir vergrößern den Schuldenberg der Gemeinde erheblich.

Wir von der SPD bedanken uns außerordentlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die es geschafft haben, mit zum Teil sicherlich schmerzhaften Einsparungen, dazu beizutragen, dass der Haushalt 24 doch noch genehmigt werden kann.

Und wir bedanken uns beim Bürgermeister, der es mit seiner immer ausgleichenden Art hinbekommt, dass auch unbequeme Entscheidungen und Vorgaben den Dialog nicht ersterben lassen.

Nicht zuletzt bedanken wir uns selbstverständlich auch beim Kämmerer, der sichtbar damit gerungen hat, den Haushalt 24 so aufzustellen, dass trotz der vielen finanziellen Einschnitte die Entwicklung Ostbeverns vorangeht.

Und die finanziellen Einschnitte bleiben schmerzhaft. Zum Beispiel

- Die Einsparungen von 10 000 Euro im laufenden Haushalt beim KJW
- Der Wegfall der Projektstelle für „Gemeinsam sind wir stark“ - auch wenn es hier zusätzliche Gründe für die Streichung gibt
- Verschiebung des Umbaus des K&K-Parkplatzes in das nächste Jahr
- Die geringere Unterstützung für die Frauenhäuser in Telgte und Warendorf und noch vieles mehr.

Zur IstaG:

Wie ich anfangs sagte: **Politik ist nichts für Feiglinge! Und braucht Mut und starke Nerven!** Das sollte uns allen klar sein.

Was uns allerdings CDU und FDP seit Wochen mit ihrem Abstimmungsverhalten zur IstaG zumuten, kann schon mal an deren Mut zweifeln lassen und unsere Nerven extrem beanspruchen.

Für uns völlig unverständlich ist es, dass CDU und FDP sich zusammen über die Meinung des Bürgermeisters und Kämmerers in Ostbevern hinwegsetzen und nicht nur das, sondern auch die Meinung der anderen Bürgermeister und Kämmerer in den Kommunen, die sich an der IstaG beteiligen wollen ignorieren, die ausgewiesene Kompetenz der Juristen und Steuerberater der Beratungsfirma infrage stellen und dazu die des Kreiskämmerers, der Landtagsabgeordneten, des Bundestagsabgeordneten, der den Bauausschuss im Bundestag leitet und der Bundesbauministerin, die sogar vorschlägt, dass der Zusammenschluss der Kommunen in der IstaG ein Modellprojekt für andere Kommunen in Deutschland sein könnte.

Für CDU und FDP gilt anscheinend die Meinung all dieser Fachleute nichts, sie glauben, wir wären in einem kleinen gallischen Dorf und könnten den dringend erforderlichen Bau von Sozialwohnungen alleine mit Investoren vor Ort stemmen. Dabei hat jemand von der CDU einmal gesagt: „Netzwerke schaden dem, der keine hat.“ Auch das würde ich abwandeln und sagen, „Die IstaG tut nur was für die, die ein Teil davon sind.“

Zur Grundsteuer:

Auch das Herumgeeiere von CDU und FDP bei der Erhöhung der Grundsteuerhebesätze erfordert von uns starke Nerven. Die Weigerung, die Grundsteuern A und B wenigstens auf die fiktiven Beiträge zu erhöhen, macht fassungs- und ratlos. Nach den eindringlichen Erläuterungen des Kämmerers sollte allen klar sein, dass neben Einsparungen auch die Erhöhung der Einnahmen ausgesprochen sinnvoll ist, um an der Haushaltssicherung vorbei zu kommen.

Bei der Erhöhung Grundsteuer A und B geht es für die Eigentümer jeweils nur um wenige Euro mehr pro Jahr. Bei Grundsteuer A ca. 15 ct pro Hektar pro Jahr. Für ein normales Einfamilienhaus um weniger als 7 Euro im Jahr.

Einerseits muss jetzt die Reduzierung der Einnahmen aufgefangen und andererseits der Verlust der Schlüsselzuweisungen von Landeszuschüssen in Höhe von 35 000 Euro verkraftet werden.

In einem Haushalt der knappen Mittel sind diese Summen sehr bedeutsam.

Wir wollen auch nicht, dass Firmen abwandern oder schließen müssen, sondern dass sich neue ansiedeln. Eine mäßige Erhöhung der Gewerbesteuer halten wir trotzdem für sinnvoll, besonders auch, um die Lasten des Haushalts auf möglichst viele Schultern zu verteilen.

Und für uns bedeuten viele Schultern nicht, dass wir die Lasten auf die Schultern unserer Kinder und Jugendliche abwälzen, die bei der Laufzeit unserer Kredite für die Abzahlung mit zuständig werden.

Und die 35 000 Euro aus den Schlüsselzuweisungen, auf die wir Dank CDU und FDP verzichten müssen, wenn beide Fraktionen bei ihrem Nein zu den Hebesätzen bleiben, könnte zusätzlich in den Klimafond einfließen, um z.B. erste Mittel zur Umsetzung des Mobilitätskonzeptes zur Verfügung zu haben. So hat es der Bürgermeister vorgeschlagen. Oder wir könnten noch Maßnahmen für das KJW oder andere soziale Projekte fördern.

CDU und FDP riskieren durch ihr Abstimmungsverhalten, dass wir doch noch in die Haushaltssicherung kommen. Und dass, weil sie ihre ideologischen Ziele in den Vordergrund stellen.

Aus diesem Grund können wir, dem durch die Beschlüsse von CDU und der FDP verwässerten, ursprünglich guten Haushaltsentwurf, nicht zustimmen.

Wie gesagt: Politik ist nichts für Feiglinge. So oder so.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

*Gez. Jutta Drilling-Kleihauer*

Fraktionsvorsitzende